

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Bundesliegenschaften unverzüglich für die Unterbringung von Flüchtlingen nutzbar machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- schnellstmöglich leerstehende Bundesimmobilien – wie zum Beispiel das ehemalige Haus der Statistik in der Otto-Braun-Straße – für die Flüchtlingsunterbringung herzurichten, unabhängig von der vom Bund angebotenen Nutzungsdauer;
- die Gebäude nötigenfalls sicherzustellen, wenn ein Einverständnis mit dem Bund nicht zu erzielen ist;
- gegebenenfalls parallel dazu Gespräche mit dem Bund über eine dauerhafte Nutzung bzw. Übernahme durch das Land zu führen.

Begründung:

Berlin ist gefordert, neue Unterkünfte für Asylsuchende zu finden und diese menschenwürdig auszustatten. Auf einer Liste der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sind zahlreiche Immobilien und Grundstücke benannt, die zur Verfügung gestellt werden könnten. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Objekte von Senator Czaja verworfen worden. Der bauliche Zustand rechtfertigt den Aufwand zur Herrichtung nicht. Es sei nicht sinnvoll, Mitarbeiter mit der Sichtung zu beauftragen, wird er in Medienberichten wiedergegeben.

Wir fordern den Senat dazu auf, alle bisher benannten Objekte unabhängig von der Frage, ob der Bund zunächst nur eine kurze Nutzungsdauer anbietet, seriös zu prüfen. Dazu gehört auch das ehemalige Haus der Statistik in unmittelbarer Nähe zum Alexanderplatz, das seit Jahren leer steht. Solange Flüchtlinge in Zelten, Turn- und Messehallen untergebracht werden, dür-

fen fehlende Standards in Objekten wie diesen nicht dazu dienen, sie pauschal zurück zu weisen. Auch eine aufwändige Sanierung darf nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Über eine langfristige Nutzung bzw. Übernahme von Liegenschaften müssen parallel dazu Gespräche geführt werden. Sie dürfen jedoch nicht zur Voraussetzung für die kurzfristige Nutzung gemacht werden.

Vor dem Hintergrund der Versprechen des Bundes ist eine intensivere Beteiligung des Bundes an der Nutzbarmachung sowie eine bevorzugte Bereitstellung einzufordern. Dabei ist gegenüber der BImA auf schnelle, unkomplizierte praktische Umsetzung von Zusagen zu drängen. Sollte zu geeigneten Objekten kein zügiges Einvernehmen zu erzielen sein, muss das Land auch die Sicherstellung von Bundesliegenschaften ernsthaft in Betracht ziehen.

Berlin, den 06. Oktober 2015

U. Wolf Breitenbach Lompscher Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke